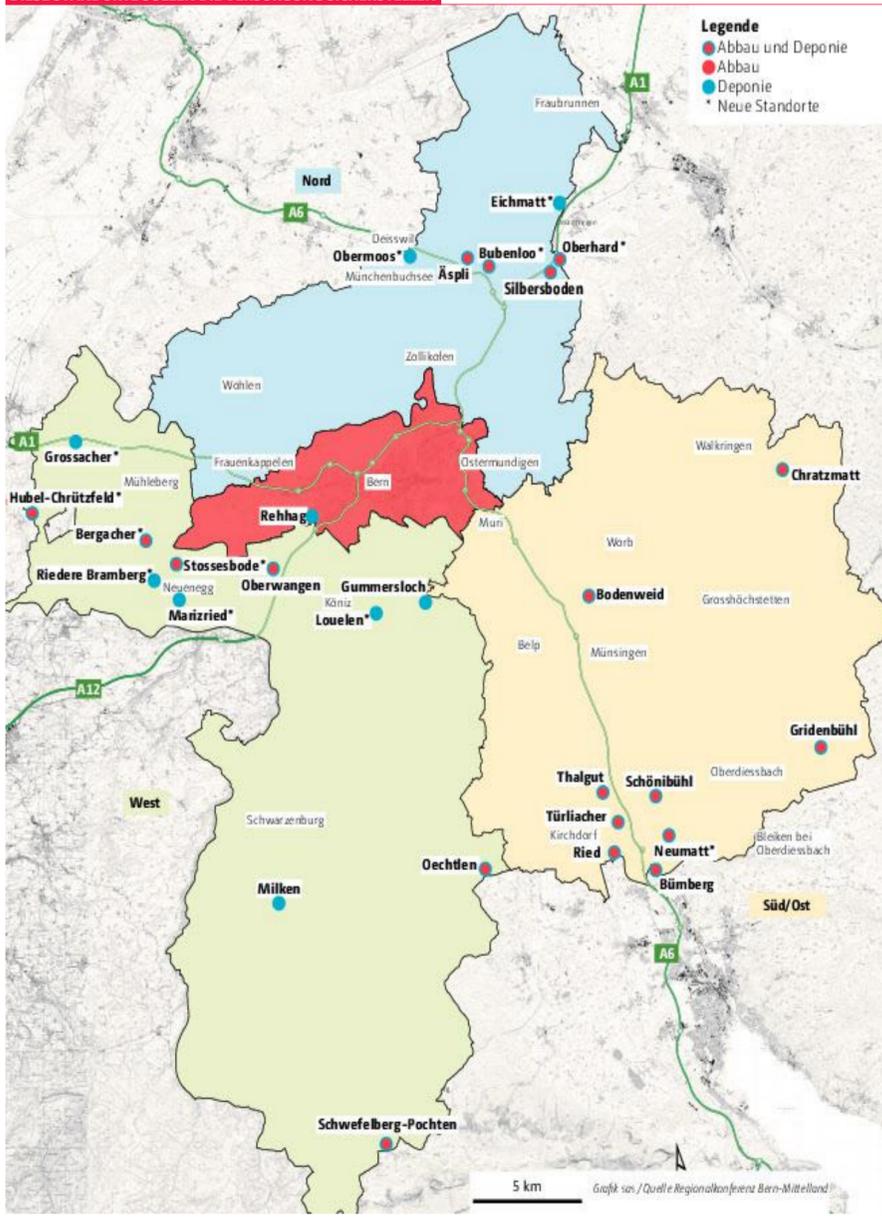


REGION BERN KIESABBAU UND DEPONIE

Dieser Plan wird in vielen Dörfern für Ärger sorgen

DIESE STANDORTE SOLLEN DIE VERSORGUNG SICHERSTELLEN



Die Regionalkonferenz legt insgesamt 23 Standorte fest, wo in den nächsten 35 Jahren Kies gewonnen und Aushub abgelagert werden sollen. Und alles mit kurzen Transportwegen. Neue Standorte sind vor allem im Westen von Bern vorgesehen.

Es sind immense Mengen Kies, die in der Region Bern in den nächsten 35 Jahren verbaut werden. Der Inhalt von 360 olympischen Schwimmbecken jedes Jahr. Oder 31,5 Millionen Kubikmeter total. Zum Vergleich: Der Wohlensee hat ein Volumen von 25 Millionen Kubikmeter. Sogar etwas grösser ist der Bedarf an Deponien, wo unverschmutztes Aushubmaterial abgelagert werden darf.

Die Verantwortlichen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) spielten gestern mit vielen Zahlen, als sie den regionalen Richtplan Abbau, Deponie, Transporte ADT vorstellten. Dieser soll sicherstellen, dass in den nächsten 35 Jahren die Versorgung mit Kies gewährleistet und genügend Deponievolumen für Aushubmaterial vorhanden sind. Die Standorte sollen zudem so über die Region verteilt sein, dass die Transportwege kurz sind.

Langer Prozess

Die Arbeiten für den Richtplan ADT dauerten zweieinhalb Jahre. «Es war wegen der komplexen Materie ein langes Verfahren», sagte Jörg Zumstein, Präsident der Kommission Raumplanung. Auf die Ausschreibung im Herbst 2012 reichten Unternehmen rund 30 Standorte ein. Dabei



In der Kiesgrube in Oberwangen soll sowohl Kies abgebaut als auch Aushubmaterial deponiert werden.

Stefan Anderegg

handelte es sich je zur Hälfte um bereits bestehende Anlagen, die erweitert werden können, und um neue Projekte. 23 figurieren nun im Richtplan, 12 sind neue Standorte. Die 7 nicht berücksichtigten Eingaben schieden aus, weil sie im Wald liegen, die Landschaft zu stark beeinträchtigen oder den Boden zu wenig effizient nutzen.

Einer der wichtigsten Grundsätze bei der Prüfung der Dossiers war eine konfliktarme Erschliessung. «Der Lastwagenverkehr sorgt bei den Anwohnern für das grösste Konfliktpotenzial», sagte Jos Aeschbacher, Leiter Bereich Raumplanung bei der RKBM. Ferner galt das Prinzip der kurzen Wege und dass bestehende und neue Standorte gleich behandelt wurden bei der Interessenabwägung.

Die Region wurde in drei Teilräume plus die Stadt Bern eingeteilt. Weil es im Aare- und Kiesental tendenziell einen Überschuss gibt, hielten sich die Planer dort zurück, neue Standorte festzulegen. Im Norden hatten sie dagegen wenig Spielraum: Es besteht ein Defizit, und es gab wenige Eingaben. Jos Aeschbacher betonte, dass er alle Standorte mit «gutem Gewissen» vorschlägt und die Anforderungen nicht etwa gelockert wurden. Am meisten Dossiers wurden für den Westen eingereicht, wo es auch ein grosses Manko an Aushubdeponien besteht.

Die Hälfte ist Reserve

Von den 23 zur Diskussion stehenden Standorten sind rund die Hälfte als längerfristige Reserve gedacht und sollen erst nach dem

Planungshorizont von 35 Jahren definitiv festgelegt werden. Als strategisch wichtige neue Standorte im Richtplan bezeichnete Aeschbacher das Obermoos bei Münchenbuchsee, das Gebiet Louelen oberhalb von Schlieren und den Grossacher bei Wileroltigen.

Jörg Zumstein ist überzeugt, dass mit dem vorliegenden Konzept die Versorgung in allen Bereichen langfristig gesichert werden kann. Und er hofft noch auf einen Nebeneffekt. Durch die berücksichtigten Reserven und die neuen Unternehmen würde der Markt gefördert. Die Kiesabbauunternehmen waren in den letzten Monaten in die Schlagzeilen geraten, weil sie verdächtigt werden, Preis- und Mengenabsprachen gemacht zu haben.

Hans Ulrich Schaad

MÜNCHENBUCHSEE

Die Idee machte schon 2012 Schlagzeilen, nun findet sie in der Planung der Regionalkonferenz Niederschlag: Das Obermoos bei Münchenbuchsee soll zu einer Deponie für sauberen Aushub werden. Die 55 Hektaren Fläche gehen für die Landwirtschaft nicht verloren, im Gegenteil. Die Initianten versprechen den betroffenen Bauern gar eine bessere Bodenqualität.

Überzeugen können sie indes nicht alle. Biobauer Hasi Stramm, einer der grösseren Landbesitzer im Perimeter, will jedenfalls nicht mitmachen. Anders als die Promotoren ist er mit dem heutigen Moosboden zufrieden. «Er ist bestes Ackerland.» skk

KRIECHENWIL

Die Pläne für eine Aushubdeponie im Raum Bergmatte in Kriechenwil bewegten in den letzten Jahren die Bevölkerung. Deshalb lehnte die Gemeindeversammlung Ende 2013 ein Vorprojekt für eine Landumlegung ab. Laut den Deponiegegnern hätte das den Weg frei gemacht, Landeigentümer zu enteignen, die gegen das Projekt wären. Zudem argumentierten sie, die Deponie käme in einem ökologisch wertvollen Gebiet zu liegen. Auch der zusätzliche Lastwagenverkehr machte ihnen Angst. Jetzt dürfen sich die Kriechenwiler freuen. Die Bergmatte wurde aus landschaftlichen Gründen nicht in den Richtplan aufgenommen. hus

URTENEN-SCHÖNBÜHL

Kies abbauen im Bubenloo? An der Gemeindeversammlung im Herbst 2012 weckte das Thema viele Emotionen. Schier unversöhnlich standen den Landbesitzern all jene gegenüber, die ihr Naherholungsgebiet in Gefahr sahen und Angst vor noch mehr Lastwagen im Dorf hatten. Sie gewannen die Oberhand: Urtenen-Schönbühl erliess für das Gebiet rund um das Bubenloo eine Landschaftsschutzzone, die den Kiesabbau faktisch verunmöglicht. Im Plan der Regionalkonferenz schlägt sich das nieder: Das Bubenloo gilt nur als Abbaugebiet für die ferne Zukunft. skk

«In der Region gibt es keinen Notstand»

Die Gemeinden haben das letzte Wort in Sachen Deponien. Sie müssen die Überbauungsordnungen genehmigen. Opposition ist fast so sicher wie das Amen in der Kirche.

Es ist noch ein weiter Weg, bis ein im Richtplan neu definierter Standort betrieben werden kann. Als Erstes geht der Richtplan ADT bis am 29. Mai in die öffentliche Mitwirkung. Nach deren Auswertung wird der Plan bereinigt. Danach nimmt der Kanton eine Vorprüfung vor. Die Regio-

nalversammlung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) wird den Richtplan frühestens im Sommer 2016 genehmigen.

Die grössere Hürde dürfte auf Stufe Gemeinden kommen. Diese müssen ihre Nutzungspläne anpassen und die Überbauungsordnungen genehmigen. Ob der zusätzliche Lastwagenverkehr oder die Sorge um eine intakte Landschaft: Die Argumente und Taktiken der Gegner sind vielfältig (siehe Kästchen). Die Opposition kann aber unter Umständen

nutzlos sein, wie das Beispiel Thieracher bei Thun zeigte. Dort lehnte die Gemeindeversammlung eine Aushubdeponie ab. Weil aber in der Region Thun ein Deponienotstand herrsche, setzte sich der Kanton über die Entscheide der Gemeinde hinweg und führte eine kantonale Überbauungsordnung durch.

Ausweichmöglichkeiten

Jörg Zumstein, Präsident der Kommission Raumplanung der RKBM, erwartet, dass es in der Region Bern nicht so weit kom-

men und der Kanton zurückhaltend sein werde. «Es besteht kein Notstand.» Der Richtplan sei ausgewogen und so ausgerichtet, dass die Versorgung sichergestellt sei, auch wenn ein Standort herausfällt. «Wir haben Ausweichmöglichkeiten», sagte Jörg Zumstein. hus

Öffentlicher Informationsabend am Mittwoch, 1. April, um 18.30 Uhr im Seminarraum 010 der Kaserne Bern, Papiermühlestrasse 15. Weitere Informationen im Internet unter www.bernmittelland.ch

Nur ein Symbolbild

ENTSCULDIGUNG In der Ausgabe von gestern berichteten wir an dieser Stelle über eine Sonderlösung für den Unterricht jenseitiger Kinder. Konkret darüber, dass der Kanton die Stadt Bern in ihrem Bestreben unterstützt, die Betroffenen in der sommerlichen Reisezeit in speziellen Fernkursen zu unterrichten. Weil einige Eltern trotz Bussen ihre Kinder nicht regelmässig zur Schule schicken.

Den Artikel illustrierten wir mit einem Symbolbild, das einen jenseitigen Vater mit seinem Sohn zeigt. Der Gezeitige legt nun Wert auf die Feststellung, dass er seine Kinder regelmässig zur Schule schicke. Für die missverständliche Aussage der Illustration entschuldigen wir uns. skk

031-Mitglied: Bedingte Freiheitsstrafe wegen Fusstritts

GERICHT Das Regionalgericht verurteilte einen 27-jährigen Schweizer wegen versuchter schwerer Körperverletzung und weiterer Delikte zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 18 Monaten. Er soll der Gruppierung 031 angehören.

Eine bedingte Freiheitsstrafe von 18 Monaten und eine unbedingte Geldstrafe von 5400 Franken. Dazu verurteilte das Regionalgericht gestern einen 27-jährigen Schweizer, der einen Polizisten mit Anlauf gegen den Kopf getreten hatte. Weiter muss der Beschuldigte Genugtuung, Verfahrens- und Anwaltskosten in Höhe von insgesamt rund 22 000 Franken bezahlen.

Einzelrichterin Bettina Bochslers sprach den Mann neben diver-

sen anderen Delikten auch der versuchten schweren Körperverletzung schuldig. Obwohl er diesen Anklagepunkt stets bestritten hatte, gibt es für die Richterin keinen Zweifel, dass der Beschuldigte gegen den Kopf eines Polizisten getreten hatte. «Ich gehe davon aus, dass der Tritt gegen den Kopf gerichtet war und dass es sich um einen kräftigen Tritt handelte», so Bochslers.

Brutaler Angriff auf Polizei

Der Fall ereignete sich im August 2012. Die Polizisten waren im Einsatz, um eine illegale Party in Worblaufen aufzulösen. Etwa fünfzehn Partygänger wollten das Gelände nicht verlassen und griffen die Polizei mit Steinen und Pfefferspray an. Dabei hat der 27-jährige Beschuldigte ei-

nen Polizisten «wie ein Fussballer» gegen den Kopf getreten, als dieser am Boden kniete. Dabei wurde der Kiefer des Polizisten verrenkt.

Durch einen Steinwurf erlitt ein anderer Polizist einen dreifachen Kieferbruch. Wer aus der Gruppe den Stein geworfen hat, konnte aber nicht ermittelt werden (wir berichteten).

Party mit 031

An jenem Abend haben sich laut der Richterin auch Mitglieder der polizeifeindlichen Gruppierung 031 bei der illegalen Party aufgehalten (siehe Box). «Die Polizisten haben in Ausübung ihres Amtes gehandelt», so Bochslers. Dabei hätten sie sich absolut korrekt verhalten. Dass sie «provokativ» und mit «Machtgehabe»

aufgetreten seien, so wie es der Beschuldigte ausgesagt hatte, sei «lächerlich», urteilte die Richterin. Der Beschuldigte habe selbst provoziert und habe die eskalierende Lage dann als «geil» empfunden. «Zwei Polizisten haben

MEHRERE STRAFBEFEHLE

Mehr als zehn Personen, welche sich am Angriff in Worblaufen beteiligt hatten, wurden bereits per Strafbefehl verurteilt. Auch der 27-jährige Beschuldigte wurde zuerst per Strafbefehl wegen Landfriedensbruchs, qualifizierter Gewalt und Drohung gegen die Behörden, einfacher Körperverletzung und Beschimpfung verurteilt. Der Beschuldigte akzeptierte diesen

Strafbefehl, die verletzten Polizisten setzten sich aber zur Wehr, weil der Tritt gegen den Kopf nicht angemessen berücksichtigt worden sei. Deshalb wurde erneut Anklage erhoben, sodass sich der Beschuldigte nun auch wegen versuchter schwerer Körperverletzung – also wegen des Tritts gegen den Kopf eines Polizisten – vor Gericht verantworten musste. rah

gegen Polizisten

Der Beschuldigte sei am Rande der Gesellschaft zu verorten. «Wir müssen davon ausgehen, dass der Beschuldigte zu der 031er-Szene gehört», so Bochslers. Wenn er keine Änderung in seinem Leben vornehme, werde

031 – MEHR ALS EINE VORWAHL

Die Zahlenkombination 031 begegnet einem beim Spaziergang durch die Stadt Bern unzählige Male. An Hausfassaden, Trafostationen oder Strassenlampen sind die Vorwahlzahlen der Region Bern gespritzt oder einfach mit Filzstift geschrieben. Neben diesen bekannten Schmierereien wird die Gruppierung 031 aber auch immer wieder in Zusammenhang mit ge-

sich die Justiz auch künftig mit ihm beschäftigen müssen.

Bezüglich weniger schwerwiegender Delikte wie Sachbeschädigung oder Hausfriedensbruch könne man ihm nur eine negative Prognose stellen. Was aber

walttätigen Delikten gebracht. Bei mehreren Eskalationen zum Beispiel, welche sich in der letzten Zeit rund um die Berner Reitschule ereigneten, wurden hinter vorgehaltener Hand die Zahlen 031 genannt.

Aus Sicht des Berner Sicherheitsdirektors Reto Nause (CVP) weist die 031-Gruppierung einen «deutlichen Hang zur Gewalt» auf. rah

schwere Delikte wie die Körperverletzung angehe, könne man «gerade noch» nicht unbedingt von einer schlechten Prognose ausgehen, so die Richterin. Deshalb wurde die Freiheitsstrafe von 18 Monaten bedingt ausgesprochen, bei einer Probezeit von drei Jahren.

Das heisst, sollte er sich wieder eines ähnlichen Deliktes schuldig machen, kann diese bedingte Strafe in eine unbedingte umgewandelt werden, spricht: Dann muss er wohl ins Gefängnis. Zum Abschluss sagte die Richterin zum Beschuldigten: «Ich wünsche mir, dass ich Sie hier nie wieder sehe.»

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Parteien haben die Möglichkeit, Berufung anzumelden. Ralph Heiniger

Grün – aber überzeugt von der Atomenergie

MÜHLEBERG Über vier Jahrzehnte arbeitete Peter Lüthy im Atomkraftwerk. Der überzeugte Befürworter der Atomenergie bedauert, dass das Werk stillgelegt und abgebrochen wird. Er würde einen Neubau begrüssen.

Seit acht Jahren ist Peter Lüthy pensioniert, nachdem er über vier Jahrzehnte im Atomkraftwerk Mühleberg gearbeitet hatte. Zusammen mit seiner Ehefrau Therese wohnt der 72-Jährige in der Siedlung Steinriesel, die Ende der Sechzigerjahre zeitgleich mit dem AKW gebaut wurde. Die Wohnungen werden mit einem Teil des Dampfes der Niederdruckturbine des Atomkraftwerks geheizt. Unweit des Hauses sind Schrebergärten, auch Lüthy hatte einen. «Als ich aber mehrmals für längere Zeit in den USA war, hab ich den Garten abgegeben», sagt er in seinem Wohnzimmer, an dessen Wänden Bilder von New York hängen. Der Schichtelektriker und spätere Operateur war 1995 beim Bau des Simulators für das AKW Mühleberg in Columbia tätig. Nach dessen Inbetriebnahme konnten in Mühleberg Stör- und Notfälle trainiert werden. Das tat auch Lüthy und bestand 21 sogenannte Requalifikationsprüfungen.

Im AKW Mühleberg erlebte er indes nur eine einzige, «harmlose» Panne, wie Lüthy sagt: 1986, als Tschemobyl brannte, entwich wegen eines defekten Filters radioaktiver Staub in die Umgebung. «Vernachlässigbar» sei die Strahlung gewesen. «Die Grenzwerte wurden nicht überschritten. Aber wenn so ein Vorfall me-

dial aufbereitet wird, wird das Vertrauen in die Kernenergie natürlich geschwächt.» Er habe befürchtet, dass Mühleberg zum zweiten Tschernobyl werden könnte. «Vielleicht weiß ich, wie sicher es ist.» Der Unfall in Tschernobyl habe sich wegen eines Versuchs ereignet, der in Mühleberg niemals hätte durchgeführt werden dürfen, sagt Lüthy. Er sitzt auf dem cremefarbenen Ledersofa im Wohnzimmer. Nach einer Atempause sagt er etwas, das sich wie ein Glaubensbekenntnis anhört: «Ich bin grün und ein 100-prozentiger Befürworter der Kernenergie, weil sie die einzige Energie ist, die den Treibhauseffekt verhindert.»

Abschalten als Rückschritt für die Energiewerke

Lüthy ist überzeugt, dass das für 2019 geplante Abschalten des AKW für die Energiewerke einen Rückschritt bedeutet. Bis jetzt konnte erst rund ein Prozent der Energie ersetzt werden, die das AKW produziert. Wie sieht es mit Wind aus? «Dafür bräuchte es zwischen Genf und dem Bodensee eine Doppelreihe von Windrädern», sagt Lüthy. Und um den Atomstrom mit Fotovoltaik zu kompensieren, würde eine Fläche so gross wie der Thunersee benötigt. Deshalb werde die Schweiz Strom aus dem Ausland beziehen, wo er mit Braunkohle oder in Atomkraftwerken produziert werde, ist Lüthy überzeugt. Letztere seien eine grössere Gefahr als Mühleberg, glaubt er. Deshalb bedauert er, dass die Pläne für den Bau eines neuen AKW begraben wurden. «Schade. Es wäre genug hervorragendes Fachpersonal vorhanden.»

«Die Sicherheit wird so stark gewichtet, dass nichts passieren kann.»

Peter Lüthy



Peter Lüthy vor dem AKW Mühleberg, in dem er jahrzehntelang gearbeitet hat.

Urs Baumann

«Stilllegung ist politisch motiviert»

Als am 3. März das Abschalten des AKW bekannt gegeben wurde, war auch Regierungsrätin Barbara Egger (SP) zugegen. Sie sagte: «Wir wollen mittelfristig aus der Atomenergie aussteigen. Mit dem Stilllegen von Mühleberg ist das erreicht.» Diese Aussage erachtet Lüthy als Beweis, dass das Abschalten politisch motiviert ist. «Betzna 1 ist älter, aber dort ist Stilllegen kein Thema.» Geschichten von mutierten Insekten und vermehrten Krebserkrankungen in der Umgebung von Mühleberg seien «alle nicht belegt», sagt Lüthy. Die Risse im Reaktormantel hätten keinerlei Auswirkungen, weil alles vollständig abgedichtet sei.

1986 liess sich der überzeugte AKW-Befürworter in Inseraten zitieren, posierte mit Bild: «Hätte ich Angst, so würde ich nicht dort arbeiten.» Heute sagt er, seine Haltung sei immer noch unverändert. «Die Sicherheit wird so stark gewichtet, dass nichts passieren kann.» Sicherheit hat auch rund um das AKW viel Gewicht. Beim Fotoshooting vor der Kulisse des Atomkraftwerks kommen schon nach Minuten zwei Sicherheitsleute mit Hund vorbei und verlangen, dass sich der Fotograf und die Journalistin ausweisen. Per Handy erkundigen sie sich im Werk, ob Lüthy bekannt sei. Das ist er, obschon längst in Rente.

Den Lebensabend kann er dort verbringen, wo er seit Jahrzehnten wohnt. Sicher ist, dass die Siedlung 2019 eine neue Heizung kriegt. Ist das Werk stillgelegt, gibt es keinen Dampf mehr.

Laura Fehlmann

Ex-AKW-Mitarbeiter Zum AKW-Dossier akwmuehberg.bernerzeitung.ch.